

ZEIT FÜR GRÜN



JUNI 2020

Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Corona-Pandemie hält uns alle in Atem. Seit Wochen diskutieren wir über Infektionszahlen und über die Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft. Auch der politische Betrieb hat sich in den letzten Wochen grundlegend verändert. Video- und Telefonkonferenzen sind angesagt. Das öffentliche Leben war und ist stark eingeschränkt. Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln bestimmen zurzeit unser Leben. In Alfter sind wir – glücklicherweise – bisher recht glimpflich davon gekommen. Was ein Indiz dafür ist, dass die Alfterer sich an die Regeln halten. Wir müssen aber auch allmählich wieder zur Normalität zurückkehren. Vielen von Ihnen sind die sozialen Kontakte wichtig. Das Vereinsleben muss wieder aufleben. Die Politik muss endlich wieder ihrem demokratischen Auftrag nachkommen und in Ausschuss- und Ratssitzungen das Geschehen in der Gemeinde lenken und leiten können.

Es ist für uns noch schwer einzuschätzen, welche Auswirkungen die Krise auf das politische Leben in der Gemeinde haben wird. Aber eines ist klar, unsere Themen hinsichtlich Klimaschutz, Verkehrswende und zukunftsweisenden Baugebieten sind zurzeit zwar in den Hintergrund getreten, aber wir sind ganz sicher, sie sind aktuell wie nie. Das Virus hat wie ein Vergrößerungsglas Schwächen aufgezeigt und zwingt uns zu raschen Veränderungen. Das gilt vor allem für die drohende, noch viel größere Gefahr: die Folgen des Klimawandels. Ein Virus lässt sich, auch wenn es, wie in diesem Fall lange dauert, bekämpfen. Die Klimakrise ist leider nicht mit einem Serum zu bekämpfen. Hier tickt die Uhr.

Nach unserer Auffassung führt uns die Corona-Krise deutlich vor Augen, dass die globale Produktionsweise nach dem Prinzip des billigsten Preises zu massiven Schäden führt. Das beginnt mit der Tatsache, dass wir nicht in der Lage sind, kurzfristig zum Beispiel Schutzausrüstung herzustellen. Wir brauchen daher einen neuen Ansatz für unsere Wirtschaftskreisläufe. Wir stehen dafür ein, die regionalen Produktionsketten zu stärken. Wir wollen insbesondere die regionalen Erzeuger unterstützen und wir werden uns hier vor Ort für die regionale Landwirtschaft einsetzen.

Wir haben in dieser Zeitung kurz und knapp zusammengefasst, was zurzeit für uns Grüne in Alfter wichtig ist.

Dr. Hans Eggers und Wilhelm Windhuis

Buschkauler Feld: Grüne lehnen „Bauen wie immer“ ab

Grundsätzlich sind wir Grünen gegen große Baugebiete an den Ortsrändern. Wir setzen stattdessen auf das Schließen von Baulücken und kleine Baugebiete in der Nähe des ÖPNV. Da jedoch die Lage am Wohnungsmarkt – gerade hier in Alfter – nach wie vor angespannt ist, sind wir offen für eine moderate Bebauung, wenn es sich um eine familiengerechte und soziale Planung handelt, die ökologische Aspekte und sparsamen Umgang mit Grund und Boden in den Vordergrund stellt. Mit der Bebauung des Buschkauler Feldes bietet sich nach Auffassung der Grünen in Alfter die große Chance, ein solches Quartier mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Das gelingt aber nur, wenn man in Alfter in andere Richtungen denkt als bisher. Warum soll in Alfter nicht gelingen, was in Wien, München, Münster oder Freiburg möglich ist? So ist es in Wien üblich, dass erst dann ein neues Baugebiet erschlossen wird, wenn die Busverbindung steht. Das wollen wir auch in Alfter erreichen. Wenn Menschen wissen, dass sie gut mit dem Nahverkehr verbunden sind, brauchen sie vielleicht kein Auto oder zumindest eines weniger. Daher soll die Siedlung weitgehend autofrei sein. Wir Grünen wollen Autoverkehr im Quartier nur zum Be- und Entladen zulassen. Ansonsten sollen PKWs vor dem Quartier in einem Parkhaus abgestellt werden. Ein Beispiel dafür ist der Stadtteil Vauban in Freiburg: Dort sieht man im Großen, was wir in Alfter im Kleinen wollen: Wir Grünen möchten ein attraktives, familienfreundliches Quartier, in dem die Bürger sich engagieren und umweltbewusst leben. Dazu soll die hohe Aufenthaltsqualität mit sozialen Treffpunkten, einer aufgelockerten Gestaltung der freien Flächen zum Spielen und Aufenthalt für Erwachsene, offenen für alle nutzbare Gärten und genügend Raum für Jugendliche beitragen. Wünschenswert ist für uns

Grüne ein „Dorfladen mit Café“. Da der Rohstoff Bausand immer seltener und wertvoller wird, dagegen Holz nachwachsend und derzeit im Übermaß vorhanden ist, sollen möglichst Holzhäuser errichtet werden. Auch mehrstöckige Hochhäuser aus Holz sind heute kein Problem mehr. Nach unserer Ansicht muss mindestens in Niedrigenergiebauweise, besser in Passivbauweise gebaut werden. Neben Reihenhäusern können barrierefreie Mehrfamilienhäuser mit 4 bis 5 Geschossen gebaut werden. Die einzelnen Häuser sollen großen und kleinen Familien, älteren Menschen und Studierenden Platz bieten, so dass eine gute soziale Durchmischung erreicht wird.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der nach den Corona-Beschränkungen stellvertretend für den Gemeinderat tagte, stand der Aufstellungsbeschluss für das Baugebiet Buschkauler Feld auf der Tagesordnung. Offenbar sollten jetzt vor der Kommunalwahl im September schnell Fakten geschaffen werden.

Leider konnte sich die Verwaltung nicht dazu durchringen, unsere Forderungen direkt in den Bebauungsplan aufzunehmen. Vielmehr sollten einzelne Ideen über vertragliche Regelungen bei der Realisierung des Vorhabens berücksichtigt werden. Da es aber hierzu keine Vorlage – auch nicht im Entwurf – gab, war das uns Grünen zu wenig. Auf Versprechungen alleine wollten wir uns nicht verlassen und haben deswegen dem Aufstellungsbeschluss nicht zugestimmt.

CDU/ FDP/ SPD und UWG haben einem städtebaulichen Konzept aus dem Jahre 2018 zugestimmt und die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Als ob es „friday for future“ nie gegeben hätte und es die sich verschärfende Klimakrise nicht gibt.

Fortsetzung nächste Seite

ZEIT FÜR GRÜN

GRÜNE Kriterien für das Buschkauler Feld

1	Bauen nach Maßgabe unseres Plans „Baulandentwicklung in Alfter“.
2	Bevor das Baugebiet in Angriff genommen wird, muss eine ÖPNV-Haltestelle eingerichtet sein.
3	Das Quartier muss weitestgehend autofrei bleiben. Dazu ist vor dem Quartier ein Parkhaus mit ausreichender Parkfläche zu errichten. Das Quartier kann zum Be- und Entladen befahren werden.
4	Hohe Aufenthaltsqualität durch Schaffen von sozialen Treffpunkten im Quartier: Aufgelockerte Gestaltung der freien Flächen zum Spielen und Aufenthalt für Erwachsene, offene für alle nutzbare Gärten, genügend Raum (Räumlichkeit) für Jugendliche zum Treffen, ein „Dorfladen mit Café“, der der zentrale soziale Treffpunkt des Quartiers sein kann.
5	Ein Car- und Bikesystem mit Ladestation ist vorzusehen.
6	Das angrenzende Gewerbegebiet wird in einen Raum mit urbaner Prägung umgewandelt.
7	Anforderungen an die Bauten: - Ganz oder teilweise Holzbauweise (wenn die Gemeinde oder die Wohnungsbaugesellschaft baut), soweit der Schallschutz gewährleistet ist. - Es ist eine 4 bis 5 geschossige Bauweise bei den Mehrfamilienhäusern vorzusehen. Die einzelnen Häuser sollten für große und kleine Familien und Einzelpersonen (Alte, Studenten) Platz bieten, um eine gute „soziale Durchmischung“ zu erreichen. - Barrierefreiheit - Mindestens Niedrigenergiebauweise, besser Passivhäuser
8	Die max. Grundstücksgröße bei - Freistehenden Einfamilienhäusern beträgt 420m² - Doppelhaushälften beträgt 300 m² - Reihenhäusern beträgt 260m²
9	Einsatz von Unterflurcontainer (Abfallcontainer + Glascontainer)
10	Der Eingriff muss zu 100% ausgeglichen werden. Zur Not müssen Ökopunkte angekauft werden.



GRÜN IST Klimaschutz im Kleinen, der Großes bewirkt.

Am 13.09. Grün wählen!

Zukunft entscheidet sich hier.

Wester Werke

Die Wester Werke in Witterschlick haben als Tonabbauunternehmen begonnen, sie haben dann aber den Betrieb auf die Verarbeitung von mineralischen Rohstoffen umgestellt. Viele Anwohner kritisieren den Lkw-Verkehr mit seinen Gefahren, dem Lärm und den Beschädigungen in den engen Straßen in Witterschlick und Volmershoven-Heidgen. Alle Fraktionen befassen sich mit dem Thema, wobei die Ziele unterschiedlich sind: Bau einer neuen Straße, Zufahrtbeschränkung zu den Wester-Werken für LKW, ein zertifiziertes Mediationsverfahren, der Bürgermeister befürwortete eine Umsiedlung des Betriebes.

Die Wester Werke haben aktuell einen Antrag zum Bau einer Lagerhalle gestellt. Genehmigungsbehörde ist der Rhein-Sieg-Kreis, die Gemeinde Alfter hat die Möglichkeit, das „Einvernehmen“ zu erteilen oder zu verweigern. In diesem Fall kann sich der Landrat – und er hat dies angekündigt – darüber hinwegsetzen. Wir Grünen meinen, dass die Gemeinde Alfter gegen eine vom Kreis erteilte Baugenehmigung klagen sollte: Insbesondere wollen wir endlich gerichtlich geklärt haben, inwieweit die Wester Werke Bestandsschutz geltend machen können. Waren die erteilten Genehmigungen nach Beendigung des Tonabbauunternehmens rechtmäßig? Wenn ja, besteht ein Anspruch auf Bau einer neuen Halle? Wenn ja, wie weit darf sich der Betrieb in Zukunft

noch ausdehnen? Immerhin gab es seit 1998 immer wieder Baugenehmigungen und Nutzungsänderungen.

Ein Gutachten eines Rechtsanwaltes, den der Bürgermeister beauftragt hat, scheint dem Unternehmen Recht zu geben. Allerdings führt der Rechtsanwalt aus, dass die Erweiterung des Bauvolumens angemessen sein muss: Er kommt zu dem Ergebnis, die Erweiterung sei „noch angemessen“. Weiterhin habe das Vorhaben auch keine schädlichen Umwelteinwirkungen wie das umfangreiche Lärmgutachten des TÜV zeige. Die neue Lagerhalle – und nur diese sei zu betrachten – führe auch nicht zu „unwirtschaftlichen Aufwendungen für Straßen oder andere Verkehrseinrichtungen“. Auch das „Rücksichtnahmegebot“ sei nicht verletzt.

Sie sehen: Es gibt neben einer erforderlichen gründlichen Prüfung des Bestandsschutzes einige andere Prüfungsansätze bei diesem Thema, die ein Gericht möglicherweise anders sieht. Deshalb wollen wir die Prüfung. Die scharfen Angriffe der Freien Wähler auf diese Haltung verstehen wir nicht. Die von den Freien Wählern vorgeschlagene Zufahrt hinter dem Bahnhof an den Tennisplätzen vorbei erscheint uns wegen der geologischen Problematik des Hanges und der hohen Kosten für eine solche Straße, die letztendlich nur dem Interesse eines Unternehmens dient, keine Lösung zu sein.

Zukunftsweisendes Vorhaben verhindert: CDU/FDP/ÜWG setzen „weiter so“ Variante bei der Baulandentwicklung durch

Auch als Kommunalpolitiker lernt man offensichtlich nie aus. Gerade erst haben die Grünen im letzten Hauptausschuss eine unfreiwillige Fortbildung zum Thema „Wie man ein zukunftsweisendes Vorhaben so verwässern kann, dass es nicht mehr zukunftsweisend ist“ erhalten.

Das Vorhaben....

Bündnis 90/Die Grünen hatten Anfang 2019 beantragt, eine sozial ausgerichtete, umweltverträgliche Baulandentwicklung in Alfter einzuführen.

Die Idee dabei war, dass die Gemeinde Alfter zukünftig sowohl die Flächen innerhalb eines Baugebietes erwerben als auch die Vermarktung selbst in die Hand nehmen sollte. Bauleitplanverfahren für Wohnbauvorhaben werden nur dann in Gang gesetzt, wenn die Gemeinde oder Tochtergesellschaften Eigentümerin von mindestens 70 Prozent der Areale im Baugebiet ist. Ein wesentlicher Vorteil dieser Vorgehensweise ist, dass die Gemeinde einen umfassenden Handlungsspielraum für die Flächen hat und Forderungen gegenüber privaten Investoren besser durchsetzen kann. Angefangen bei der Frage, wie hoch der Anteil an gefördertem Wohnraum in einem Vorhaben ist, bis hin zum angepeilten Energiestandard der Gebäude. Investoren, die sonst den Markt bestimmten, müssen dann entscheiden, ob dies für sie interessant ist oder nicht.

Darüber hinaus kann die Gemeinde unter Berücksichtigung sozialer Kriterien Bauland zur Verfügung stellen. Bevorzugt werden Familien und Alleinstehende, deren Einkommen und Vermögen bestimmte Grenzen nicht überschreitet.

Eine sozial gerechte Baulandentwicklung bedeutet zudem, dass die Gemeinde selbst von den planungs- und entwicklungsbedingten Wertsteigerungen der Grundstücke profitiert. Das ist schon deshalb notwendig, um die Folgekosten der Bebauung zu finanzieren, wie beispielsweise den notwendigen Ausbau von Kindergärten, Schulen und Straßen. Bisher war es fast immer so, dass an der

erheblichen Wertsteigerung der Grundstücke vom Acker zum Bauland allein die Grundstücksbesitzer oder Investoren verdienten. Die Investitionen in die Infrastruktur blieben allerdings der Allgemeinheit überlassen.

Einen Entwurf der Grundsätze der Baulandentwicklung in der Gemeinde Alfter für eine sozial ausgerichtete, umweltverträgliche Baulandentwicklung hatten die Grünen gleich mitgeliefert. Er sollte in einem Arbeitskreis, dem alle Fraktionen angehörten, diskutiert werden. Da solche Vorhaben juristisch schwierig sein können, wurde auch gleich ein Rechtsanwalt beauftragt, den Arbeitskreis zu begleiten, um die Regelungen rechtssicher zu machen. Auf diese Weise waren die Voraussetzungen gegeben, einen breiten Konsens zu erreichen. In 4 Sitzungen unter Mitwirkung des Rechtsanwalts wurde diskutiert und eine Basis für den Konsens geschaffen. Die Grünen sind dabei schon einige Kompromisse eingegangen, konnten aber ihre Hauptkriterien durchsetzen – so schien es jedenfalls.

.....und wie CDU, FDP und ÜWG es geschickt verhinderten

Nach der letzten Sitzung des Arbeitskreises hatte es also den Anschein, dass sich alle im Grundsatz einig waren. Es wurden von der CDU nur noch kleine Änderungen angekündigt.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 14.05.2020 legten die Fraktionen CDU, FDP und ÜWG überraschend und ohne weitere Abstimmung im Arbeitskreis jedoch ein in wesentlichen Punkten abgeschwächtes Papier vor: Demnach sollte das Konzept nur „grundsätzlich“ angewendet werden. Darüber hinaus wollen CDU/FDP und ÜWG den Flächenverbrauch nicht minimieren. Sie sagen nichts zum öffentlich geförderten Wohnungsbau im Innenbereich. Sie verschonen die alten Eigentümer der zu bebauenden Flächen, indem sie nur Neueigentümer an den Kosten und Folgekosten beteiligen wollen, die mit der Schaffung von Bauland verbunden sind. Außerdem sollen die Regeln zur



gerechten Vermarktung des Baulandes nicht im vorgesehenen Umfang angewendet werden.

Diese sogenannten kleinen Änderungen haben so große Wirkung, dass unsere Idee konterkariert wird. Daher konnten die Grünen die „Überraschungsvariante“ von CDU, FDP und ÜWG nicht mittragen. Also kamen beide Alternativen zur Abstimmung. Das ursprünglich von den Grünen entwickelte Konzept zum Baulandmanagement wurde in der Sitzung zu Gunsten des Papiers der CDU, FDP und ÜWG abgelehnt – mit einer Stimme Mehrheit, pikantesweise der des Bürgermeisters, der sich ursprünglich offen für das Vorhaben zeigte.



So ist es CDU, FDP und ÜWG wieder mal geglückt, ein zukunftsgerichtetes Vorhaben zu torpedieren und das „weiter so“ zu sichern. Grüne, SPD und Freie Wähler mussten in Kauf nehmen, dass CDU/FDP und ÜWG unsere Idee zur Baulandentwicklung kopiert und so verwässert haben, dass sie nutzlos ist, da sie nicht angewendet werden muss.

In diesem Zusammenhang ist der Wortbeitrag eines CDU-Mitgliedes höchst bemerkenswert. Er sagte: „In dem Papier gibt es zu viel Grün“. Dieser Satz ist bezeichnend. Wir meinen: Wenn schon neu gebaut wird, kann es gar nicht genug Grün geben.

Situation zur Umsetzung des Bebauungsplans „Olsdorfer Kirchweg“

Wir müssen nicht betonen, dass wir Grünen schon gegen die Hangbebauung waren, als es die Freien Wähler noch nicht gab. Das war auch beim Bebauungsplan Olsdorfer Kirchweg so. Allerdings war der Bebauungsplan 026 schon beschlossen, als die Grünen noch nicht im Gemeinderat waren, das war erst seit 1989 der Fall. Nun wird die Erschließung des Baugebiets im Geltungsbereich des „Olsdorfer Kirchweg“ mit den Straßen Cordulastraße, Eisensteingrube und Olsdorfer Heide vorbereitet. Laut Mitteilung des Bürgermeisters wurden zu Beginn des Jahres 2019 Artenschutzprüfungen vorgenommen, weil geschützte Haselmäuse nachgewiesen wurden, so dass „entsprechende Maßnahmen“ notwendig gewesen seien, bevor die Rodung der Bäume und Büsche im Plangebiet erfolgen durfte. Derzeit werden laut Verwaltung Vermessungsleistungen, Bodengutachten, Ingenieurleistungen für die Kanalplanung sowie die Straßenplanung und ggf. weitere sich „im Verfahren als erforderlich herausstellende Arbeiten“ vergeben. Es sei davon auszugehen, dass die Ergebnisse der Ingenieurleistungen im IV. Quartal 2020 vorliegen, um danach die entsprechenden Bauarbeiten beauftragen zu können. Bei Einhaltung dieses Zeitplans sei mit der Fertigstellung der Baustraßen im Plangebiet im 2. Halbjahr 2021 zu rechnen.

Vor den Kommunalwahlen im September werden die Bürger*innen in Alfter-Ort also nicht mit der befürchteten Lärm- und Staubentwicklung durch das Bauen und den LKW-Verkehr belastet. Aber mit Sicherheit kurze Zeit später. Wir haben daher den Bürgermeister gefragt, ob eine Verkehrslenkung beabsichtigt ist. Die Straßen in Alfter sind sehr eng und Begegnungsverkehr schon mit kleinen Autos problematisch. Auf unsere Initiative hin wurde das Befahren des Landgrabens für LKW verboten, weil die Anlieger in der Vergangenheit bereits sehr unter der Entwicklung von Baugebieten gelitten haben. Die Verwaltung hat geantwortet: „Die Verkehrslenkung zur Beschickung der Baustelle erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises und der Gemeinde Alfter. Sie wird die Vorgaben für die Eisensteingrube/Martinstraße aus den Jahren 2013 (Baustraße) und 2016 (Endausbau) aufnehmen. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich die notwendigen Fahrten der Lastkraftwagen über die gesamten Arbeitstage gleichmäßig verteilen werden. Ausnahme hiervon bildet die Frischbetonanlieferung, diese erfolgt bevorzugt am frühen Vormittag, um die Verarbeitung des Materials bis zum Ende der Arbeitszeit zu sichern.“



Die Klimakrise und die Corona-Virus Pandemie

Ökologische Lösungsansätze sind möglich und notwendig

Bereits auf den ersten Blick fallen Gemeinsamkeiten zwischen der SARS-CoV2 („Corona-Virus“) Pandemie und der Klimakrise auf: Beide verursachen großes Leid, haben unsichtbare Auslöser, sind global, ignorieren Ländergrenzen und treffen die Ärmsten und Schwächsten an erster Stelle. Beide fordern kompetentes Handeln von Regierungen und einen klaren Realitäts-sinn, der oft vor allem bei Wissenschaftlern gefunden wird.

Beide Krisen haben nicht nur Ähnlichkeiten, sondern auch Wechselbeziehungen. Die stetige Zerstörung der natürlichen Umgebung und die damit verbundene enge Vermischung von Wildtieren und Menschen mit ihren Haustieren trägt sicher zum Überspringen von Krankheitserregern auf Menschen bei, dies ist bei allen großen Virus-epidemien der Neuzeit der Fall gewesen. Die durch die globale Erwärmung bedingten Migrationsbewegungen verdichten die Bevölkerung und machen sie anfälliger für derartige Erreger.

Eine wichtige Analyse zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Luftverschmutzung (insbesondere durch Feinstaub) und der Sterblichkeit an COVID-19 (der durch das Virus ausgelösten Erkran-

kung). Auch wenn diese Studien noch nicht abgeschlossen sind, so zeigt sich doch eine Häufung der COVID-19 bedingten Todesfälle in Regionen mit hoher Luftverschmutzung (insbesondere Feinstaub) wie z.B. Mailand, New York City oder London. Dies fügt sich zusätzlich zu den hochgradig schädlichen Auswirkungen von Feinstaub auf die allgemeine Gesundheit hinzu, denn wissenschaftliche Studien zeigen deutlich, dass schwere Krankheiten wie Diabetes, Herzkrankungen und Krebs bei Feinstaubbelastung deutlich häufiger auftreten. Dies wird übrigens – man fragt sich warum – auf der Website des Bundesgesundheitsamtes zu Feinstaub nicht erwähnt.

Der weltweite Lockdown hat im April zu einer Reduktion der Emission von Treibhausgasen um ca. 17% geführt – die größte Verminderung seit dem zweiten Weltkrieg. Sogar das von der Bundesregierung allzu-leicht aufgegebenes Klimaziel für 2020 wird durch die Verkehrsreduktion doch noch erreicht.

Allerdings zeigen diese Einsparungen auch die Größe der Herausforderung, denn selbst diese massiven Verkehrsbeschränkungen reichen bei weitem nicht aus, um den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5°C zu beschränken. Mehr als 80% der globalen Emissionen ver-

bleiben und müssen für die Einhaltung des Pariser Abkommen abgebaut werden, damit wir die CO2-Neutralität um 2050 erreichen können. Dies sind hohe Anforderungen.

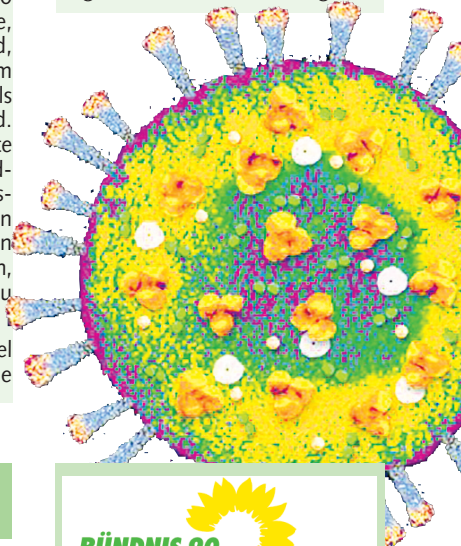
Es wird daher entscheidend sein, dass wir im Wiederaufbau die richtigen Signale setzen. Wir haben eine große Chance, durch eine konsequente ökologische Umgestaltung Veränderungen umzusetzen und nachhaltige Wirtschaft zu fördern.

Wenn wir jetzt schädliche und veraltete Technologien mit Konsumprämien fördern (z.B. Kohleabbau, Dieselantriebe, Massenfluggeschäfts-tourismus etc.), müssen wir diese Arbeitsplätze später wieder für teures Geld umgestalten. Besser wäre es, dies gleich zu tun. Es gibt ca. 160.000 Arbeitsplätze in der Windenergie, die mit allen Kräften behindert wird, und ca. 20.000 Beschäftigte im Braunkohleabbau, der mit mehr als € 46 Mrd. jährlich gefördert wird. Das Umweltbundesamt bezifferte 2019 die Höhe der umweltschädlichen Subventionen auf mindestens € 57 Mrd. Diese Subventionen kosten uns doppelt, denn es müssen weitere Gelder aufgewendet werden, um die resultierenden Schäden zu beheben.

Wir müssen diese und andere Mittel von vorneherein richtig, d.h. für die

Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft einsetzen. Interessanterweise werden diese Forderung nicht nur von ökologischen Gruppen erhoben, sondern auch von Finanzkonzernen. Mehr 400 Großinvestoren (Versicherungen, Banken), die mehr als 30 Billionen Dollar verwalten, haben sich an die G20-Regierungen gewandt und in einem offenen Brief einen „beschleunigten Übergang hin zu Netto-Null-Emissionen“ gefordert, der „neue Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum schaffen [kann], zusammen mit anderen Vorteilen wie Energiesicherheit und sauberer Luft“.

In Deutschland kann dies zurzeit nur durch ökologische Kräfte wie die Grünen erreicht werden, die mit wirtschaftlicher Kompetenz und Augenmaß diese Ziele verfolgen.



Großer Erfolg für die Alfterer GRÜNEN

Auf einer Kreismitgliederversammlung am Sonntag, 7. Juni, wählten die GRÜNEN im Rhein-Sieg-Kreis ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl am 13. September und beschlossen ihr Wahlprogramm.

In der Lohmarer Jabachhalle, in der wegen der Corona-Pandemie die Infektionsschutzregeln sehr gut eingehalten werden konnten, waren 160 der etwa 750 Kreisverbands-Mitglieder anwesend.

Als Spitzenduo führen die aktuelle Vizelandrätin aus Hennef Michaela Balansky (Listenplatz 1) und Wilhelm Windhuis aus Alfter (Platz 2) die GRÜNE Reserveliste zur Kreistagswahl an. Zudem wurde Michael Schroerlücke auf Platz 16 der Liste gewählt.

In der Mitgliederversammlung wurden Wilhelm Windhuis für den Wahlkreis Alfter und Michael Schroerlücke für den Wahlkreis Alfter/Rheinbach als Direktkandidaten gewählt.

Derzeit sind 10 GRÜNE im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises vertreten. Die GRÜNEN

hoffen, bei der Wahl am 13. September durch Votum der Wählerinnen und Wähler gestärkt zu werden.

Insbesondere über die hohe Unterstützung aus dem relativ kleinen Ortsverband Alfter freute sich Wilhelm Windhuis. 12 Mitglieder der Alfterer Grünen haben ihn und Michael Schroerlücke bei der Wahl unterstützt.

Einen weiteren Erfolg konnten die GRÜNEN beim Wahlprogramm erzielen. Es sieht jetzt nicht nur kurzfristige Maßnahmen für einen günstigeren öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) vor, sondern möchte mittelfristig eine andere Finanzierung des ÖPNV. Das von den Alfterer Grünen Robert de la Haye und Michael Schroerlücke erarbeitete Konzept sieht einen umlagefinanzierten ÖPNV vor, der z.B. ein fahrscheinfreies Fahren in einem verbesserten Bus- und Bahnangebot ermöglicht und für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre kostenlos ist. Um solidarische Beiträge erheben

zu können wollen die GRÜNEN die Bedingungen weiter prüfen und sich für eine notwendige landesgesetzliche Regelung einsetzen.

Wilhelm Windhuis ist überzeugt: „Wir GRÜNE werden mit einem tollen, kompetenten Team in den Wahlkampf ziehen. Wer bei der Wahl die GRÜNEN wählt, stärkt unsere Ziele von Klima- und Umweltschutz und gesellschaftlichem Zusammenhalt in der Kreispolitik.“

Die GRÜNEN in Alfter wählen am Freitag, dem 26. Juni 2020, ab 18.30 Uhr im Rathaussaal ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 13. September 2020. Die Entscheidungen betreffen die Besetzung der Wahlkreise, der Reserveliste und der Kandidatin oder des Kandidaten für das Bürgermeistamt in Alfter. Dort stellen die GRÜNEN seit zwei Ratsperioden die zweitstärkste Fraktion.



Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter
www.gruene-alfter.de

Redaktion: Dr. Hans Eggers
Robert de la Haye
Prof. Dr. Axel Glasmacher
Michael Schroerlücke
Mechtild Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Dr. Hans Eggers
Kiefernweg 12
53347 Alfter

Wilhelm Windhuis
Buschhovener Straße 35b
53347 Alfter

Redaktions-
schluss: 5. Juni 2020

Satz, Druck: FuW Litterscheid GbR
Von-Weichs-Str. 23
53121 Bonn

Auflage: 10.500 Exemplare